

Landtag

32. Sitzung vom 19. April 1991

Sitzungsprotokoll

(Beginn um 13.54 Uhr.)

Vorsitzende: Zweiter Präsident *Outolny* und Dritter Präsident *Dr Petrik*.

Schriftführer: Die Abgen *Holub*, *Steinbach* und *Gertrude Ostry* sowie die Abgen *Mag Dr Salcher*, *Dkfm Hotter* und *Rosemarie Wallner*.

Präsident *Outolny* eröffnet die Sitzung.

1. Beurlaubt ist Erste Präsidentin *Eveline Andriik*, entschuldigt sind die Abgen *Margarete Dumser* und *Fürst*.

2. In der Fragestunde werden von Präsident *Outolny* folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 757/LM/91): Abg *Ingrid Kariotis* an den Landeshauptmann:

Sind Sie bereit, auf Grund der zögernden Vorgangsweise seitens der zuständigen Dienststellen zu veranlassen, daß im Rahmen des Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetzes die Zucht und die Haltung gefährlicher Hunderassen an besondere Befähigungen und Bedingungen geknüpft werden?

2. Anfrage (PrZ 756/LM/91): Abg *Dr Hirschall* an den Landeshauptmann:

Welche Schritte werden Sie setzen, um der Stadt Wien zur Wahrung ihrer Interessen bei der Erstellung des Vertragswerkes über die Privatisierung der Verwertung des Schlosses und des Schloßareals *Schönbrunn* ein Mitspracherecht zu sichern?

3. Anfrage (PrZ 715/LM/91): Abg *Dr Neubert* an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe *Umwelt, Freizeit und Sport*:

Sind Sie bereit, sich angesichts der Möglichkeit von größeren Katastrophenfällen – insbesondere im Hinblick auf Störfälle bei grenznahen, veralteten Atomkraftwerken – für eine Vorfinanzierung und den rascheren Ausbau des Frühwarn- und Alarmsystems einzusetzen, das zwischen dem Land Wien und dem Bund vereinbart wurde?

4. Anfrage (PrZ 739/LM/91): Abg *Huber* an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe *Finanzen und Wirtschaftspolitik*:

Warum ist Wien gegen eine „leistungsorientierte“ Finanzierung im Spitalswesen?

5. Anfrage (PrZ 740/LM/91): Abg *Maria Paul* an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe *Finanzen und Wirtschaftspolitik*:

Im März vorigen Jahres gab es österreichweit orkanartige Stürme, welche zum Teil sehr großen Schaden anrichteten. Für die Waldbesitzer wurde von den betreffenden Ländern eine Entschädigungsaktion ins Leben gerufen. In Wien wurden die Folientunnels und -gewächshäuser der Wiener Gartenbaubetriebe stark in Mitleidenschaft gezogen. Was hat das Land Wien als Hilfe für diese Betriebe unternommen?

6. Anfrage (PrZ 751/LM/91): Vom Fragesteller zurückgezogen.

7. Anfrage (PrZ 750/LM/91): Abg *Mag Karl* an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe *Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal*:

Welche Möglichkeiten zur Beschleunigung der Rechtsbereinigung sehen Sie, zumal von den im November 1989 angekündigten Aufhebungen bzw Änderungen von 15 Verordnungen erst vier gesehen sind?

3. Präsident *Outolny* teilt mit, daß von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs eine schriftliche Anfrage eingebracht wurde.

(PrZ 898/LF.) Anfrage der Abg *Karin Landauer* an den Landeshauptmann, betreffend die Bestellung von Versicherungsvertretern.

(PrZ 899/LAt.) Präsident *Outolny* teilt mit, daß Abg *Dr Hirschall* einen Antrag, betreffend die Einsetzung eines eigenen Ausschusses des Wiener Landtags für Föderalismus, eingebracht hat,

und weist diesen Antrag dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe *Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal* zu.

(PrZ 900/LAt.) Präsident *Outolny* teilt mit, daß die Abgen *Mag Karl* und *Maria Rauch-Kallat* einen Antrag, betreffend Novellierung des Dienstrechts der Stadt Wien bei Betreuung eines behinderten Kindes, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe *Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal* zu.

Präsident *Outolny* teilt mit, daß gemäß § 104 der Wiener Stadtverfassung folgende Anträge an den Landtag gerichtet wurden:

„Von der Bezirksvertretung *Innere Stadt* wurde ein Antrag, betreffend die rechtlichen, organisatorischen und budgetären Vorkehrungen für eine Förderung des Schutzraumbaus, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Büro des Magistratsdirektors zu.“

Von der Bezirksvertretung *Penzing* wurde ein Antrag, betreffend die Abänderung der Bauordnung hinsichtlich der Errichtung von Pkw-Abstellplätzen in Vorgärten in Siedlungsgebieten, eingebracht. Diesen Antrag weise ich der Amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe *Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst* zu.“

4. Der Landtag stimmt der Behandlung eines weiteren Geschäftsstückes, das unter der Postnummer 5 auf die Tagesordnung gesetzt wurde, mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zu.

Berichterstatter: Abg *Mag Zima*

5. (PrZ 915, P 1.) Die Betätigung nachstehender Mitglieder der Landesregierung in Funktionen der Privatwirtschaft wird genehmigt:

Herr Landeshauptmann *Dr Helmut Zilk* als Vorsitzender des Aufsichtsrats der *Zentralsparkasse und Kommerzialbank Aktiengesellschaft, Wien*

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter *Hans Mayr* als Mitglied des Aufsichtsrats der *Zentralsparkasse und Kommerzialbank Aktiengesellschaft, Wien*, und Mitglied des Sparkassenrats der *Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse*

Herr Stadtrat *KommRat Walter Nettig* als Mitglied des Aufsichtsrats der *Zentralsparkasse und Kommerzialbank Aktiengesellschaft, Wien*

Herr Stadtrat *Dr Heinrich Wille* als Vorsitzender-Stellvertreter der *EXPO-Vienna Wiener Weltausstellungs-Aktiengesellschaft* für die Zeit bis 18. März 1991.

(PrZ 916, P 2.) Gemäß § 3 Abs 1 des Wiener Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, im Zusammenhalt mit den §§ 4 und 8 des Unvereinbarkeitsgesetzes, wird der Betätigung der folgenden angeführten Mitglieder des Wiener Landtags in den genannten Unternehmen zugestimmt:

Margarete Dumser, Mitglied des Aufsichtsrats der *Zentralsparkasse und Kommerzialbank Aktiengesellschaft, Wien*

Mitglied des Sparkassenrats der *Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse*

Franz Juraczka, Mitglied des Aufsichtsrats der *Ersten Allgemeinen Versicherung Aktiengesellschaft*

Dr Ferdinand Maier, Mitglied des Sparkassenrats der *Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse*

Dr Wolfgang Petrik, Mitglied des Aufsichtsrats der *Zentralsparkasse und Kommerzialbank Aktiengesellschaft, Wien*.

(Über die Postnummern 1 und 2 wird unter einem verhandelt, die Abstimmung jedoch getrennt durchgeführt.)

(Bei Postnummer 2 wird über Abg *Franz Juraczka* getrennt abgestimmt.)

Berichterstatter: Amtsf StR Dr Swoboda

6. (PrZ 724, P 3.) Der in der Beilage Nr 3 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Prostitutionsgesetz geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Redner: StR Mag Kabas sowie die Abgen Herzog, Mag Karl und Holub.)

Folgender Abänderungsantrag des Abg Herzog wird abgelehnt:

Der § 3 sollte um eine Ziffer 2 mit folgendem Wortlaut ergänzt werden:

„Personen, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, es sei denn, sie hielten sich bereits seit einem Jahr rechtmäßig in Österreich auf.“

Der letzte Halbsatz des § 8 Abs 1 des vorliegenden Entwurfes sollte lauten:

„ . . . , im Falle der Wiederholung mit einer Freiheitsstrafe bis zu 6 Wochen, oder mit einer Geldstrafe von 5 000 S bis 100 000 S, bei Uneinbringlichkeit mit Ersatzfreiheitsstrafe bis zu 6 Wochen zu bestrafen.“

Folgender Abänderungsantrag der Abgen Mag Karl und Dkfm Karl König wird abgelehnt:

Der vorliegende Entwurf, mit dem das Wiener Prostitutionsgesetz geändert wird, ist wie folgt abzuändern:

1. Im § 3 wird folgende Ziffer 3 eingefügt:

„3. Personen, die die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, es sei denn, sie halten sich bereits seit mindestens einem Jahr rechtmäßig in Österreich auf.“

2. Im § 8, Abs 1, 2 und 4 ist vor den Worten „mit einer Geldstrafe“ jeweils einzufügen:

„bezüglich jeder einzelnen Tathandlung“

(PrZ 927/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abgen Mag Karl und Dkfm Karl König, betreffend verstärkte gewerbebehördliche Kontrolle von Bars, Saunas und Clubs, wird der Amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst zugewiesen.

Berichterstatter: Amtsf StR Christine Schirmer

7. (PrZ 737, P 4.) Der in der Beilage Nr 4 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Tierschutz- und Tierhaltege-

setz geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Redner: Die Abgen Ingrid Kariotis, Mag Karl und Edith Lahl.)

Folgender Abänderungsantrag der Abgen Mag Karl und Rosemarie Wallner wird abgelehnt:

Der vorliegende Entwurf, mit dem das Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetz geändert wird, ist wie folgt abzuändern:

1. § 13 ist folgender Abs 3 anzufügen:

„(3) Die Maulkorb- bzw Leinenpflicht im Abs 1 und 2 gilt nicht für Hundezonen und Hunderauslaufplätze (§ 13b Abs 1).“

2. Im § 13 Abs 1 und 2 sind jeweils die Worte „unbeschadet § 13b“ zu streichen.

3. § 13b Abs 1 hat zu lauten:

„13b (1) Die örtlich zuständige Bezirksvertretung kann Teile von öffentlich zugänglichen Parkanlagen zu Hundezonen oder Hundeverbotzonen erklären. Sie kann andere geeignete Grünflächen (z B Lagerwiesen) bzw Teile davon zu Hunderauslaufzonen oder zu Hundeverbotzonen erklären. Vor einer solchen Erklärung ist der Grundeigentümer sowie die Bundespolizeidirektion Wien zu hören. Die Festlegung dieser Hundezonen, Hunderauslaufplätze oder Hundeverbotzonen erfolgt durch Verordnung des Magistrats.“

4. § 19 ist folgender Abs 2 anzufügen:

„(2) Die den Organen der Gemeinde Wien nach § 13b Abs 1 zugewiesenen Aufgaben sind solche des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde und als solche den Bezirksvertretungen zur Besorgung zu übertragen.“

(PrZ 928/LAt.) Der Beschluß- und Resolutionsantrag der Abg Ingrid Kariotis, betreffend die Novellierung des Wiener Tierschutz- und Tierhaltegesetzes zum Zweck des Verbots der Zucht und der Haltung bestimmter gefährlicher Hunderassen, wird der Amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst zugewiesen.

8. (PrZ 1122, P 5.) Der in der Beilage Nr 7 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Schluß um 17.01 Uhr.)

Der Schriftführer:



Der Zweite Präsident:

